

Inhaltsverzeichnis

Einleitung. Der Zivilprozeß und das Zivilprozeßrecht	1
§ 1. Begriff des Zivilprozesses und des Zivilprozeßrechts	1
I. Zivilprozeß als gerichtliches Verfahren	1
II. Zivilprozeß als konkretes Verfahren	1
III. Der Zweck des Zivilprozesses	2
IV. Die Aufgaben der Zivilrechtspflege	4
V. Zivilprozeßrecht und Zivilrecht	4
VI. Zivilprozeßrecht als öffentliches Recht	5
VII. Zivilprozeßrecht und Verfassungsrecht	6
§ 2. Der Prozeß als Rechtsverhältnis	7
I. Begriff und Bedeutung des Prozeßrechtsverhältnisses	8
II. Inhalt des Prozeßrechtsverhältnisses	9
III. Die Stellung der Parteien im Prozeßrechtsverhältnis	10
IV. Treu und Glauben im Prozeßrecht	11
V. Die Einheit des Prozeßrechtsverhältnisses	12
§ 3. Justizanspruch und Rechtsschutzanspruch	12
I. Der Justizanspruch	13
II. Der sogenannte Rechtsschutzanspruch	14
§ 4. Übersicht über die geschichtliche Entwicklung des Zivilprozeßrechts bis zu den Reichsjustizgesetzen	17
I. Der römische Zivilprozeß	17
II. Der germanische Prozeß	19
III. Der italienisch-kanonische Zivilprozeß	20
IV. Die Rezeption und der gemeine deutsche Zivilprozeß	21
V. Reformversuche in den Territorien	23
§ 5. Die Entwicklung der Reichsjustizgesetze und das geltende Zivilprozeßrecht	24
I. Rechtszersplitterung um die Mitte des 19. Jahrhunderts	24
II. Die Entstehung einheitlichen Prozeßrechts	25
III. Änderungen der Reichsjustizgesetze	26
IV. Das geltende Zivilprozeßrecht	27
§ 6. Die Geltung des Zivilprozeßrechts in zeitlicher und örtlicher Beziehung	28
I. Intertemporales Prozeßrecht	28
II. Internationales Prozeßrecht	29
§ 7. Die Arten der Zivilprozeßrechtssätze und ihre Auslegung	30
I. Die Arten der Zivilprozeßrechtsnormen	30
II. Die Auslegung	32
§ 8. Die Literatur des Zivilprozeßrechts	34
I. Materialien	34
II. Die Literatur zur ZPO	34
III. Zeitschriften	35
IV. Schrifttum aus dem ausländischen Zivilprozeßrecht	35

Erstes Buch. Allgemeine Lehren

Erster Abschnitt. Die ordentliche Streitige Zivilgerichtsbarkeit

Erstes Kapitel. Begriff und Begrenzung der ordentlichen Streitigen Zivilgerichtsbarkeit

§ 9. Die rechtsprechende Gewalt	43
I. Der Begriff der Gerichtsbarkeit	43
II. Gliederung der rechtsprechenden Gewalt	44
III. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs	45
IV. Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs	48
V. Die Träger der Gerichtsbarkeit	49
VI. Die Bundesrepublik als einheitliches Rechtspflegegebiet	50
§ 10. Ordentliche Streitige Zivilgerichtsbarkeit und Strafgerichtsbarkeit	50
I. Abgrenzung der Aufgabenbereiche	50
II. Verhältnis der Zivilgerichte und der Strafgerichte zueinander	51
§ 11. Ordentliche Streitige und freiwillige Zivilgerichtsbarkeit	52
I. Wesen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	53
II. Die Abgrenzung der Streitigen und der freiwilligen Gerichtsbarkeit	53
III. Das Verhältnis von Streitiger Zivilgerichtsbarkeit und freiwilliger Gerichtsbarkeit	55
§ 12. Ordentliche und besondere Streitige Zivilgerichtsbarkeit	58
I. Begriff der besonderen Gerichte	58
II. Bundespatentgericht als bundesrechtlich bestelltes besonderes Gericht	58
III. Bundesrechtlich zugelassene besondere Gerichte	59
§ 13. Ordentliche Streitige Zivilgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsbarkeit	60
I. Arbeitsgerichtsbarkeit als selbständiger Gerichtsbarkeitszweig	61
II. Aufgabenbereiche	61
III. Das Verhältnis der ordentlichen Gerichte und der Arbeitsgerichte zueinander	63
IV. Entscheidung über Vorfragen und Bindung an rechtskräftige Entscheidungen	64
§ 14. Ordentliche Streitige Zivilgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit	65
I. Die Einrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit	66
II. Die Abgrenzung von Zivilgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit	66
III. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs	72
IV. Entscheidung über Vorfragen und Bindung an Entscheidungen	73
§ 15. Ordentliche Streitige Zivilgerichtsbarkeit und Sozialgerichtsbarkeit	75
I. Aufgabenbereiche	75
II. Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs und Rechtswegverweisung	76
III. Entscheidung über Vorfragen	76
IV. Bindung an Entscheidungen	76
§ 16. Ordentliche Streitige Zivilgerichtsbarkeit und Finanzgerichtsbarkeit	77
I. Aufgabenbereiche	77
II. Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs und Rechtswegverweisung	77

III. Entscheidung über Vorfragen	77
IV. Bindung an Entscheidungen	78
§ 17. Ordentliche streitige Zivilgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit	78
I. Aufgabenbereiche	78
II. Konkrete Normenkontrollverfahren	80
III. Die Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	81
§ 18. Ordentliche streitige Zivilgerichtsbarkeit und Gerichtsbarkeit der Europäischen Gemeinschaften	85
I. Aufgabe und Zuständigkeiten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften	85
II. Zivilgerichtliche Zuständigkeiten des Europäischen Gerichtshofs und das Verhältnis zur deutschen Zivilgerichtsbarkeit	86
III. Die Vorabentscheidung	88
IV. Vorfragenkompetenz der nationalen Gerichte in Kartellprivatrechtsstreitigkeiten	91
§ 19. Die Grenzen der deutschen Zivilgerichtsbarkeit	91
I. Der Umfang der Immunitäten	92
II. Die Bedeutung der Immunität	94
§ 20. Die internationale Zuständigkeit	97
I. Begriff der internationalen Zuständigkeit	97
II. Internationale Zuständigkeit und örtliche Zuständigkeit	98
III. Ausnahmen	100
IV. Folgen des Fehlens der deutschen internationalen Zuständigkeit	101
V. Deutsche und ausländische internationale Zuständigkeit	102
VI. Das EWG-Übereinkommen vom 27. 9. 1968 (EuGVÜ)	102
§ 21. Die Rechtshilfe	107
I. Rechtshilfe unter deutschen Gerichten	107
II. Die Rechtshilfe im Verhältnis zu ausländischen Gerichten	109

Zweites Kapitel. Die Organe der ordentlichen streitigen Zivilgerichtsbarkeit

§ 22. Die Gerichte	111
I. Begriff des Gerichts	111
II. Gliederung und Besetzung der Gerichte	112
III. Einzelne Organe der Spruchkörper	114
IV. Die Selbstverwaltung der Gerichte	117
V. Beratung und Abstimmung im Kollegium	120
§ 23. Die äußeren Umstände der gerichtlichen Tätigkeit	121
I. Der Ort der Gerichtstätigkeit	121
II. Die Zeit der Gerichtstätigkeit	121
III. Die Gerichtssprache	123
IV. Die Öffentlichkeit	124
V. Die Sitzungspolizei	126
§ 24. Die Richter	128
I. Grundsätzliches	129
II. Die Arten der Richter	129
III. Die Befähigung zum Richteramt bei Berufsrichtern	131

Inhalt

IV. Die Berufung der Richter	131
V. Der Amtsverlust der Richter	131
VI. Die Unabhängigkeit des Richters	132
VII. Der rechtsgelehrte Hilfsrichter	134
§ 25. Ausschließung und Ablehnung des Richters	135
I. Ausschließung kraft Gesetzes	136
II. Die Ablehnung eines Richters	137
§ 26. Urkundsbeamter und Rechtspfleger	142
I. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle	142
II. Der Rechtspfleger	143
§ 27. Der Gerichtsvollzieher	145
I. Geschichtliches	145
II. Die Rechtsstellung	145
III. Die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	146
§ 28. Der Staatsanwalt	149
I. Tätigkeit im Zivilprozeß	149
II. Allgemeines über die Staatsanwaltschaft	149
§ 29. Der Rechtsanwalt	150
I. Geschichte	150
II. Allgemeines	152
III. Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft	154
IV. Das Prinzip der Lokalisierung	155
V. Beginn und Ende der Rechtsanwaltschaft	156
VI. Öffentlichrechtliche Rechte und Pflichten des Rechtsanwalts	157
VII. Die Anwaltskammer	158
VIII. Die Ehrengerichtbarkeit	158
IX. Das Verhältnis des Rechtsanwalts zur Partei	159

Drittes Kapitel. Die Zuständigkeitsordnung

§ 30. Begriff, Arten und Bedeutung der Zuständigkeit	161
I. Allgemeines	161
II. Die sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit	162
III. Grundlage der Zuständigkeit	162
IV. Ausschließliche und nichtausschließliche Zuständigkeit	162
V. Die allgemeine Bedeutung der Zuständigkeit	163
§ 31. Die funktionelle Zuständigkeit, insbesondere die Instanzenordnung	164
I. Allgemeines	164
II. Die einzelnen Gerichte im Bereich der funktionellen Zuständigkeit	165
III. Die Instanzenordnung	165
IV. Die besondere Bedeutung der funktionellen Zuständigkeit	167
§ 32. Die sachliche Zuständigkeit	168
I. Allgemeines	168
II. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte	169
III. Die Zuständigkeit der Landgerichte	171
IV. Der Zuständigkeitsstreitwert	172

§ 33. Die Kammern für Handelssachen	178
I. Zuständigkeit und Fälle	178
II. Das Verhältnis zur Zivilkammer	179
§ 34. Die örtliche Zuständigkeit im allgemeinen	181
I. Begriff	181
II. Die Arten der Gerichtsstände	182
III. Konkurrenzen	182
§ 35. Der allgemeine Gerichtsstand	183
I. Ort des allgemeinen Gerichtsstands	183
II. Nichtausschließlichkeit des allgemeinen Gerichtsstands	183
§ 36. Die besonderen Gerichtsstände	184
I. Gerichtsstände von allgemeiner Bedeutung	184
II. Gerichtsstände für das Gebiet des Schuldrechts	185
III. Gerichtsstand für das Gebiet des Sachenrechts	188
IV. Gerichtsstände für das Gebiet des Familienrechts	189
V. Gerichtsstand für das Gebiet des Erbrechts	190
VI. Gerichtsstand infolge Sachzusammenhangs	191
§ 37. Zuständigkeit infolge Parteiverhaltens (Prorogation)	192
I. Die Vereinbarung	192
II. Rügelose Einlassung zur Hauptsache	196
§ 38. Zuständigkeit infolge gerichtlicher Bestimmung	198
I. Die Fälle	198
II. Das Verfahren	200
III. Wirkung der Bestimmung	201
§ 39. Die Prüfung der Zuständigkeit und die Folgen der Unzuständigkeit	201
I. Die Prüfung der Zuständigkeit	201
II. Die Folgen der Unzuständigkeit	204
III. Die Anfechtbarkeit der Entscheidungen über die Zuständigkeit	210
IV. Bindende Wirkung einer Entscheidung nach § 11	212

Zweiter Abschnitt. Die Parteien, ihre Vertreter und Beistände

Erstes Kapitel. Die Hauptparteien

§ 40. Der Parteibegriff	212
I. Der Parteibegriff und seine Bedeutung	213
II. Wer ist Partei?	214
III. Insbesondere die Parteien kraft Amtes	214
IV. Das Zweiparteienprinzip	217
V. Die Rechtsstellung der Parteien	218
VI. Parteieigenschaften	219
§ 41. Die Bestimmung der Partei	219
I. Grundsatz	219
II. Bezeichnung der Partei	219
III. Berichtigung der Parteibezeichnung	222
IV. Prüfung der Identität der Partei	223
V. Nichtexistieren einer Partei	223

Inhalt

§ 42. Die Parteiänderung	224
I. Begriff und Arten	224
II. Die Parteiänderung auf gesetzlicher Grundlage	224
III. Die gewillkürte Parteiänderung	226
§ 43. Die Parteifähigkeit	230
I. Begriff	230
II. Wer ist parteifähig?	231
III. Die Bedeutung der Parteifähigkeit	236
IV. Verfahren bei Mangel der Parteifähigkeit	238
§ 44. Die Prozeßfähigkeit	240
I. Begriff	240
II. Wer ist prozeßfähig oder prozeßunfähig?	241
III. Die Bedeutung der Prozeßfähigkeit	243
IV. Verfahren bei mangelnder Prozeßfähigkeit	245
§ 45. Die Postulationsfähigkeit	248
I. Fälle und Begriff	248
II. Die Bedeutung der Postulationsfähigkeit und die Folgen ihres Mangels	249
§ 46. Die Prozeßführungsbefugnis	250
I. Wesen der Prozeßführungsbefugnis	250
II. Fälle der Prozeßführungsbefugnis rechtsfremder oder nur teilberechtigter Personen	251
III. Die gewillkürte Prozeßführungsbefugnis	255
IV. Die Bedeutung der Prozeßführungsbefugnis und die Folgen ihres Mangels	257
V. Rechtskrafterstreckung bei Prozeßführungsbefugnis	259
Zweites Kapitel. Besondere Arten der Parteigestaltung	
§ 47. Die Nebenintervention	261
I. Begriff	261
II. Die Voraussetzungen der Zulässigkeit der Nebenintervention	261
III. Das Verfahren im Falle des Beitritts des Nebenintervenienten	264
IV. Die Wirkungen der Nebenintervention	266
V. Der selbständige oder Streitgenössische Nebenintervenient	272
§ 48. Die Streitverkündung	274
I. Begriff	274
II. Die Voraussetzungen der Zulässigkeit der Streitverkündung	275
III. Das Verfahren bei der Streitverkündung	277
IV. Die Wirkungen der Streitverkündung	277
§ 49. Die einfache Streitgenossenschaft	279
I. Begriff und Entstehung der Streitgenossenschaft	279
II. Die Zulässigkeit der gemeinschaftlichen Klage	280
III. Die Wirkungen der Streitgenossenschaft	281
§ 50. Die notwendige Streitgenossenschaft	284
I. Allgemeines über die Voraussetzungen	284
II. Notwendige Streitgenossenschaft aus prozeßrechtlichen Gründen	285
III. Notwendige Streitgenossenschaft aus materiellrechtlichen Gründen	287
IV. Die Regelung der notwendigen Streitgenossenschaft	290

§ 51. Die Hauptintervention	295
I. Begriff der Hauptintervention	295
II. Die Zulässigkeit der Hauptintervention	296
III. Das Verfahren	299
IV. Begründetheit der Hauptintervention	300

Drittes Kapitel. Stellvertretung und Beistandschaft

§ 52. Begriff, Zulässigkeit und Notwendigkeit der Stellvertretung	300
I. Begriff	300
II. Die Zulässigkeit der Stellvertretung	302
III. Die Notwendigkeit der Stellvertretung, insbesondere der Anwaltszwang	302
§ 53. Der gesetzliche Stellvertreter	305
I. Begriff und Fälle	305
II. Die gesetzliche Vertretung Prozeßunfähiger	305
§ 54. Der gewillkürte Stellvertreter	309
I. Begriff und Fälle	309
II. Die Vollmacht	309
III. Die Folgen des stellvertretenden Handelns	317
§ 55. Der vollmachtlose Vertreter	318
I. Begriff	318
II. Das regelmäßige Verfahren gegenüber einem vollmachtlosen Vertreter	319
III. Einstweilige Zulassung des vollmachtlosen Vertreters	321
IV. Genehmigung der Vollmachtlosigkeit	322
§ 56. Die Beistandschaft	322
I. Begriff	322
II. Die Zulassung des Beistandes	322
III. Stellung des Beistandes	322

Dritter Abschnitt. Die Prozeßhandlungen

Erstes Kapitel. Die Prozeßhandlungen des Gerichts

§ 57. Übersicht über die Prozeßhandlungen des Gerichts	323
I. Entscheidungen	323
II. Andere Gerichtshandlungen	324
§ 58. Die Arten der Urteile	325
I. Unterscheidungsgesichtspunkte	325
II. Die Endurteile	326
III. Die Zwischenurteile	329
IV. Insbesondere Zwischenurteile über den Grund nach § 304	331
V. Die Vorbehaltsurteile	337
§ 59. Fällung, Erlaß und Abfassung der Entscheidungen	341
I. Die Fällung und Verkündung von Urteilen	342
II. Die Abfassung der Urteile	344
III. Erlaß und Abfassung der Beschlüsse und Verfügungen	349

Inhalt

§ 60. Bindung und Abänderlichkeit der Entscheidungen	350
I. Urteile	351
II. Beschlüsse und Verfügungen	357
§ 61. Die Fehlerhaftigkeit von Gerichtshandlungen und ihre Heilung	359
I. Begriff und Wirkungen im allgemeinen	359
II. Fehlerhafte Entscheidungen	360
III. Nicht- oder Scheinurteile	361
IV. Wirkungslose Entscheidungen	363
§ 62. Die Prozeßleitung	365
I. Allgemeines	365
II. Gegenstand der Prozeßleitung	366
III. Insbesondere Trennung, Beschränkung der Verhandlung, Verbindung, Aussetzung	367
IV. Die Regelung der Prozeßleitung	369

Zweites Kapitel. Die Prozeßhandlungen der Parteien

§ 63. Das Wesen der Parteihandlungen	370
I. Bedeutung und Wert des Begriffs	370
II. Kriterium	371
III. Die gesetzlichen Erscheinungsformen der Prozeßhandlungen	371
IV. Der Begriff der Prozeßhandlung	372
V. Was ist prozeßgestaltende Betätigung?	372
VI. Unterschied zwischen Prozeßhandlung und Rechtsgeschäft	373
§ 64. Die Arten der Parteihandlungen	375
I. Erwirkungshandlungen	375
II. Bewirkungshandlungen	378
III. Prozeßrechtsgeschäfte?	379
§ 65. Die Regelung der Parteihandlungen	379
I. Persönliche Handlungsvoraussetzungen	379
II. Die Vornahme der Parteihandlungen	379
III. Auslegung der Parteihandlungen	382
IV. Bedingungen und Zeitbestimmungen	383
V. Willensmängel	387
VI. Verstoß gegen die guten Sitten	390
VII. Treu und Glauben und Prozeßhandlungen	390
VIII. Wahrheitspflicht	391
§ 66. Die Prozeßverträge	395
I. Wesen des Prozeßvertrags	395
II. Arten der prozessualen Wirkungen	395
III. Zulässigkeit von Prozeßverträgen	396
IV. Die Prozeßverträge im einzelnen	396
V. Die Behandlung der Prozeßverträge	397
VI. Wirkung von Prozeßverträgen auf Rechtsnachfolger	398
§ 67. Die Fehlerhaftigkeit von Parteihandlungen und ihre Heilung	399
I. Begriff der Fehlerhaftigkeit	399
II. Wirkung der Fehlerhaftigkeit	399
III. Heilung fehlerhafter Parteihandlungen	400

§ 68. Heilung durch Verzicht oder Versäumung der Parteirüge	401
I. Das Anwendungsgebiet der §§ 295, 531, 558	401
II. Das Rügerecht	402
III. Die Wirkung des Verlustes des Rügerechts	403
§ 69. Die Versäumung von Parteihandlungen	403
I. Die Versäumung von Parteihandlungen im allgemeinen	404
II. Insbesondere verspätete Angriffs- und Verteidigungsmittel	408
§ 70. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	414
I. Fristversäumung als Voraussetzung der Wiedereinsetzung	414
II. Der Wiedereinsetzungsgrund	415
III. Die Rechtsprechung zur Wiedereinsetzung	415
IV. Wiedereinsetzungsantrag, Verfahren und Entscheidung	419
V. Wirkung der Wiedereinsetzung	422

Drittes Kapitel. Termine, Ladung, Fristen und Zustellung

§ 71. Termin und Ladung	423
I. Begriff des Termins	423
II. Die Anberaumung eines Termins	423
III. Die Ladung zum Termin	425
IV. Aufhebung, Verlegung und Vertagung	425
§ 72. Fristen	426
I. Begriff der Frist	426
II. Gesetzliche und richterliche Fristen	426
III. Besondere gesetzliche Fristen	427
IV. Die Bedeutung der Fristen	427
V. Beginn, Änderung und Berechnung der Fristen	428
VI. Einwirkung von Unterbrechung, Aussetzung und Gerichtsferien auf Fristen	430
VII. Die Wahrung der Fristen	431
§ 73. Begriff, Notwendigkeit und Arten der Zustellung	431
I. Begriff der Zustellung	431
II. Die Notwendigkeit der Zustellung	432
III. Arten der Zustellung	433
§ 74. Zustellungsadressat und Zustellungsempfänger	434
I. Begriffe	434
II. Der Zustellungsadressat	434
III. Ersatzzustellung	436
§ 75. Die Ausführung der Zustellung	438
I. Gegenstand, Ort und Zeit der Zustellung	438
II. Die Ausführung der Zustellung im Parteibetrieb	439
III. Die Ausführung der Zustellung im Amtsbetrieb	444
IV. Die Zustellung durch Ersuchen von Behörden	446
§ 76. Perfektion und Mängel der Zustellung	447
I. Perfektion der Zustellung	447
II. Mängel der Zustellung	448

Vierter Abschnitt. Die Verfahrensgrundsätze

§ 77. Der Prozeßbetrieb	450
I. Begriff	450
II. Amtsbetrieb und Parteibetrieb	451
III. Bedeutung des Prozeßbetriebs	451
§ 78. Die Sammlung des Prozeßstoffs	452
I. Allgemeines	452
II. Der Verhandlungs- oder Beibringungsgrundsatz	454
III. Die Mitwirkung des Gerichts bei der Sammlung des Prozeßstoffs	456
IV. Der Untersuchungsgrundsatz	461
V. Die Prüfung von Amts wegen	462
§ 79. Der Dispositionsgrundsatz	463
I. Begriff	463
II. Gesetzliche Regelung	464
III. Ausnahmen	464
§ 80. Allgemeines über Mündlichkeit und Schriftlichkeit	465
I. Geschichtliches	465
II. Wesen der Mündlichkeit und Schriftlichkeit	466
III. Wertung von Mündlichkeit und Schriftlichkeit	466
§ 81. Die notwendige mündliche Verhandlung	467
I. Begriff der mündlichen Verhandlung	467
II. Geltungsbereich der notwendigen Mündlichkeit	467
III. Bedeutung der notwendigen Mündlichkeit	468
IV. Vorbereitende und nachgereichte Schriftsätze	470
V. Die sogenannte Einheit der mündlichen Verhandlung	471
§ 82. Die freigestellte mündliche Verhandlung	473
I. Anwendungsbereich	473
II. Verhandlung vor dem Gericht	473
III. Verhandlungen vor Gerichtsorganen	474
§ 83. Die Unmittelbarkeit des Verfahrens	474
I. Begriff	474
II. Gesetzliche Regelung	475
III. Ausnahmen vom Grundsatz der Unmittelbarkeit	475
§ 84. Beschleunigung und Konzentration des Verfahrens	476
I. Allgemeines	476
II. Die Prozeßförderungspflicht des Gerichts	477
III. Die Prozeßförderungspflicht der Parteien	479
§ 85. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	481
I. Grundlage und Rechtsnatur	481
II. Wer hat Anspruch auf rechtliches Gehör?	481
III. Der Inhalt des Anspruchs auf rechtliches Gehör	482
IV. Die Form der Gewährung des rechtlichen Gehörs	484
V. Die Folgen der Verletzung des rechtlichen Gehörs	485
VI. Ausnahmen vom Grundsatz des rechtlichen Gehörs	486

Fünfter Abschnitt. Prozeßkosten, Sicherheitsleistung, Prozeßkostenhilfe

§ 86. Begriff der Prozeßkosten	486
I. Arten der Prozeßkosten	487
II. Die Gerichtskosten	487
III. Anwaltskosten	489
IV. Die Gebühren des Gerichtsvollziehers	489
§ 87. Kostenentscheidung und Kostenerstattungsanspruch	489
I. Grundsätzliches zur Kostentragung	490
II. Die Entscheidung über die Kosten	490
III. Wem sind die Kosten aufzuerlegen?	492
IV. Der Grundsatz der Einheitlichkeit der Kostenentscheidung	497
V. Bedeutung und Folgen der Kostenentscheidung	499
VI. Die Anfechtung der Kostenentscheidung	501
§ 88. Die Kostenfestsetzung	503
I. Voraussetzungen des Kostenfestsetzungsverfahrens	503
II. Die Berücksichtigung notwendiger Kosten	504
III. Verfahren vor dem Rechtspfleger	507
IV. Der Kostenfestsetzungsbeschluß	508
V. Anfechtbarkeit des Kostenfestsetzungsbeschlusses	508
VI. Der Gebührenstreitwert	509
VII. Kostenfestsetzungsbeschluß als Vollstreckungstitel	511
§ 89. Die Sicherheitsleistung	512
I. Begriff und Fälle	512
II. Die Regelung der Sicherheitsleistung	514
§ 90. Die Prozeßkostenhilfe	516
I. Begriff und Anwendungsbereich	517
II. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen	518
III. Die sachlichen Voraussetzungen	522
IV. Die Wirkungen der Prozeßkostenhilfe	525
V. Beendigung der Prozeßkostenhilfe	531
VI. Das Verfahren	532
VII. Einstweilige Anordnung zur Leistung eines Prozeßkostenvorschusses	536
VIII. Außergerichtliche Rechtsberatung	537

Zweites Buch. Das Urteils(Entscheidungs)verfahren

Einleitung. Klage und Urteil	539
§ 91. Klage und Urteil im allgemeinen	539
I. Klage und Urteil	539
II. Die Klage	539
III. Das Urteil	540
§ 92. Übersicht über die Arten von Klagen und Urteil	540
§ 93. Die Klagen und Urteile auf Leistung	541
I. Wesen und Fälle	541
II. Die Klage auf künftig fällige Leistung	544

Inhalt

III. Die Klagbarkeit	546
IV. Das Rechtsschutzbedürfnis	548
§ 94. Die Klagen und Urteile auf Feststellung	550
I. Begriff und Wesen	550
II. Das Rechtsverhältnis	551
III. Das rechtliche Interesse an alsbaldiger Feststellung	554
IV. Behandlung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	556
§ 95. Die Gestaltungsklagen und -urteile	559
I. Wesen und Rechtsnatur	559
II. Anwendungsfälle der Gestaltungsklagen und -urteile	560
III. Die Wirkung der Gestaltungsurteile	562
IV. Die Zulässigkeit der Gestaltungsklagen	563
§ 96. Streitgegenstand und prozessualer Anspruch	563
I. Die Verwendung des Begriffs „Anspruch“ in der ZPO	564
II. Die Prüfsteine des Anspruchsbegriffs	564
III. Die Theorien über den Streitgegenstand	565
IV. Die Definition des Streitgegenstands	569
§ 97. Die Prozeßvoraussetzungen und Prozeßhindernisse	570
I. Wesen	570
II. Die allgemeinen Prozeßvoraussetzungen	572
III. Die besonderen Prozeßvoraussetzungen	573
IV. Die Prozeßhindernisse	573
V. Die Behandlung der Prozeßvoraussetzungen und der Prozeßhindernisse	574

Erster Teil. Das ordentliche Urteilsverfahren

Erster Abschnitt. Das Verfahren erster Instanz

Erstes Kapitel. Die Klage

§ 98. Die regelmäßige Klageerhebung	578
I. Die Akte der Klageerhebung	578
II. Der Inhalt der Klageschrift	581
III. Mängel der Klageerhebung	587
§ 99. Schriftliche oder mündliche Klageerhebung (insbesondere Widerklage und Zwischenfeststellungsklage)	588
I. Schriftliche oder mündliche Klageerhebung	588
II. Die Widerklage	589
III. Die Zwischenfeststellungsklage	594
§ 100. Die objektive Klagenhäufung	597
I. Begriff und Entstehung	597
II. Die Zulässigkeit der Klagenhäufung	598
III. Die Arten der Klagenhäufung	600
IV. Die rechtliche Behandlung der Klagenhäufung	601
V. Mehrfache Begründung eines Anspruchs	603
§ 101. Die Rechtshängigkeit	604
I. Begriff der Rechtshängigkeit	604

II. Beginn und Ende der Rechtshängigkeit	604
III. Die prozessualen Wirkungen der Rechtshängigkeit	606
IV. Die privatrechtlichen Wirkungen der Rechtshängigkeit	609
§ 102. Die Klageänderung	610
I. Begriff der Klageänderung	610
II. Die Regelung der Klageänderung	615
III. Das Verfahren bei der Klageänderung	618
§ 103. Die Veräußerung des in Streit befangenen Gegenstandes	619
I. Allgemeines	620
II. Zulässigkeit der Veräußerung	620
III. Die prozessualen Folgen des Rechtsübergangs	623
IV. Einfluß des Rechtsübergangs auf das Urteil	625

Zweites Kapitel. Das Verhalten des Beklagten auf die Klage

§ 104. Allgemeines	627
I. Möglichkeiten des Verhaltens	627
II. Einlassung oder Verhandlung zur Hauptsache	628
III. Prozessuale Behelfe für begrenzte Zwecke	628
§ 105. Einwendungen und Einreden	628
I. Sprachgebrauch der ZPO	628
II. Arten der Einwendungen	629
III. Ungünstiges Parteivorbringen	632
§ 106. Die Aufrechnungseinrede	632
I. Aufrechnung und Aufrechnungseinrede	632
II. Die Prozeßaufrechnung insbesondere	634
III. Die prozessual unzulässige Aufrechnungseinrede	636
IV. Die prozessuale Behandlung der Aufrechnungseinrede	638

Drittes Kapitel. Der Verlauf des Verfahrens

§ 107. Übersicht über den Verlauf	642
I. Beginn des Verfahrens	642
II. Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung im Haupttermin	642
III. Der Haupttermin	644
IV. Protokoll	647
§ 108. Das Versäumnisverfahren	648
I. Geschichtliche Entwicklung	649
II. Versäumnisverfahren bei Versäumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung	650
III. Versäumnisverfahren bei Versäumung der Frist zur Mitteilung der Verteidigungsabsicht	657
IV. Der Begriff des Versäumnisurteils	658
V. Der Einspruch	659
VI. Das zweite Versäumnisurteil	663
§ 109. Die Entscheidung nach Lage der Akten	664
I. Allgemeines	664

Inhalt

II. Die Voraussetzungen	665
III. Der Prozeßstoff	667
§ 110. Die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	669
I. Das Verfahren bei Einverständnis der Parteien	670
II. Das Verfahren auf Anordnung von Amts wegen	673
§ 111. Das Verfahren vor dem Einzelrichter	675
I. Allgemeines	675
II. Der Einzelrichter in der Zivilkammer erster Instanz	675
III. Die Entscheidungsgewalt des Vorsitzenden der Kammer für Handelssachen in erster Instanz	677
IV. Der Einzelrichter im Berufungsverfahren	679
§ 112. Die Besonderheiten des amtsgerichtlichen Verfahrens	681
I. Allgemeines	681
II. Einzelheiten	681
Viertes Kapitel. Der Beweis	
§ 113. Die Grundbegriffe	682
I. Allgemeines	683
II. Der Beweis im engeren Sinn und das Beweismaß	683
III. Andere Arten des Beweises	684
IV. Beweismittel	686
V. Beweiswert, Beweisstoff und Beweisgrund	689
VI. Die Beweisführung	689
VII. Die Beweiserhebung	690
§ 114. Die freie Beweiswürdigung und der Anscheinsbeweis	691
I. Die freie Beweiswürdigung	691
II. Der Anscheins- oder prima facie-Beweis	692
§ 115. Schadensermittlung nach § 287 ZPO	697
I. Wozu ermächtigt § 287?	697
II. Anwendungsbereich des § 287 I.	698
III. Anwendung bei anderen vermögensrechtlichen Streitigkeiten	701
IV. Nachprüfung des Ermessens	701
§ 116. Der Gegenstand des Beweises	701
I. Tatsachen	701
II. Erfahrungssätze	703
III. Rechtssätze	704
§ 117. Die Notwendigkeit des Beweises	705
I. Beweisbedürftigkeit bei Verhandlungsmaxime	706
II. Beweisbedürftigkeit im Bereich der Untersuchungsmaxime und der Prüfung von Amts wegen	713
§ 118. Die Behauptungs- und die Beweislast	713
I. Zweck und Arten der Beweislast	714
II. Die Verteilung der Beweislast	716
III. Rechtsnatur der Beweislastnormen	722
IV. Begriff und Wesen der Behauptungslast	724

V. Bedeutung der Behauptungs- und Beweislastnormen	725
VI. Aufklärungspflicht und Beweislast	726
§ 119. Die Beweisaufnahme	726
I. Die Notwendigkeit und Zulässigkeit der Beweisaufnahme	726
II. Der sogenannte Ausforschungsbeweis	728
III. Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	730
IV. Die Anordnung der Beweisaufnahme	731
V. Die Durchführung der Beweisaufnahme	733
§ 120. Die Beweissicherung	735
I. Begriff und Wesen	735
II. Die Voraussetzungen der Beweissicherung	735
III. Das Verfahren	736
IV. Die Wirkung	737
V. Die Kosten der Beweissicherung	738
§ 121. Der Augenscheinsbeweis	738
I. Begriff	738
II. Augenscheinsobjekte	739
III. Das Beweisverfahren	741
IV. Der sogenannte Augenscheinsgehilfe	742
§ 122. Der Urkundenbeweis	743
I. Begriff der Urkunde	743
II. Arten der Urkunden	743
III. Die Beweiskraft der Urkunde	744
IV. Das Beweisverfahren	747
§ 123. Der Zeugenbeweis	750
I. Begriff des Zeugen	750
II. Die Zeugnisfähigkeit	750
III. Die Zeugenpflichten im allgemeinen	751
IV. Die Pflicht zum Erscheinen	752
V. Die Pflicht zur Aussage	752
VI. Die Pflicht zur Beeidigung oder Bekräftigung der Aussage	756
VII. Das Beweisverfahren	757
VIII. Beweiswürdigung	761
§ 124. Der Sachverständigenbeweis	762
I. Begriff und Wesen des Sachverständigen	762
II. Abgrenzungen	764
III. Die Person und die Stellung des Sachverständigen	765
IV. Die Pflicht zur Gutachterstätigkeit	769
V. Das Beweisverfahren	772
VI. Beweiswürdigung	772
§ 125. Der Beweis durch Parteivernehmung	773
I. Begriff und Bedeutung	773
II. Die Voraussetzungen der Parteivernehmung	775
III. Die Beeidigung der Partei	778
IV. Das Beweisverfahren	779

Fünftes Kapitel. Der Stillstand des Verfahrens

§ 126. Allgemeines und Gemeinsames	781
I. Wesen des Stillstands	781
II. Fälle des Stillstands	782
III. Grund des Stillstands	782
IV. Die Wirkungen des Stillstands	782
V. Beginn und Ende des Stillstands	784
VI. Der Streit über den Stillstand	785
§ 127. Die Unterbrechung des Verfahrens	786
I. Tod der Partei usw.	786
II. Konkursöffnung	790
III. Verlust der Prozeßfähigkeit oder des gesetzlichen Vertreters usw.	792
IV. Tod des Anwalts usw.	793
V. Aufhören der Gerichtstätigkeit	794
§ 128. Die Aussetzung des Verfahrens	795
I. Allgemeines	795
II. Fälle der Aussetzung	795
§ 129. Das Ruhen des Verfahrens	799
I. Eintritt des Ruhens	799
II. Ende des Ruhens	799
III. Wirkungen des Ruhens	799

Sechstes Kapitel. Die Beendigung des Verfahrens erster Instanz

§ 130. Die Gründe und die Wirkung der Beendigung	800
I. Die Gründe der Beendigung	800
II. Die Wirkung der Beendigung	800
III. Beseitigung der Beendigung	801
§ 131. Die Zurücknahme der Klage	801
I. Begriff und Zulässigkeit	802
II. Die Vollziehung der Klagerücknahme	804
III. Die Wirkungen der Klagerücknahme	806
IV. Streit über die Klagerücknahme	808
§ 132. Der Prozeßvergleich	809
I. Der Tatbestand des Prozeßvergleichs	809
II. Die Wirkungen des Prozeßvergleichs	814
III. Die Rechtsnatur des Prozeßvergleichs und ihre Folgen	815
IV. Nichtigkeit, Anfechtbarkeit, Rücktritt, Aufhebung und Wegfall der Geschäftsgrundlage	818
V. Die Abänderung des Prozeßvergleichs	822
VI. Der außergerichtliche Vergleich	823
§ 133. Die Erledigung der Hauptsache	823
I. Das Erledigungsereignis	824
II. Die beiderseitige Erledigungserklärung	825
III. Die einseitige Erledigungserklärung	827
IV. Die Erledigung des Rechtsmittels	831

§ 134. Das Endurteil	832
I. Der Inhalt der Entscheidung	832
II. Die Urteilsfindung	836
III. Die Grundlagen des Urteils	839
IV. Das Anerkenntnis	840
V. Der Verzicht	847

Zweiter Abschnitt. Das Rechtsmittelverfahren

Erstes Kapitel. Allgemeines

§ 135. Wesen, Arten und Zweck der Rechtsmittel	849
I. Wesen und Arten	850
II. Der Zweck der Rechtsmittel	852
§ 136. Die Anfechtbarkeit der Entscheidungen	854
I. Endurteile, Zwischenurteile, Beschlüsse	854
II. Die Anfechtung von inkorrekten Entscheidungen	856
III. Nichtigte und wirkungslose Entscheidungen	858
§ 137. Zulässigkeit und Begründetheit der Rechtsmittel	858
I. Das Verhältnis von Zulässigkeit und Begründetheit	858
II. Die Zulässigkeit	859
III. Die Begründetheit des Rechtsmittels	868

Zweites Kapitel. Die Berufung

§ 138. Einlegung, Begründung und Zurücknahme der Berufung	869
I. Die Einlegung der Berufung	869
II. Die Begründung der Berufung	873
III. Die Zurücknahme der Berufung	878
§ 139. Die Anschlußberufung	881
I. Begriff, Zweck und Rechtsnatur	881
II. Die Arten der Anschlußberufung	882
III. Grundsätzliches über die Zulässigkeit	883
IV. Weitere Zulässigkeitsfragen	884
V. Die Einlegung	885
VI. Die Begründung	886
§ 140. Das Berufungsverfahren	887
I. Prüfung der Zulässigkeit	887
II. Terminbestimmung und Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	888
III. Gegenstand der Berufung	889
IV. Der Prozeßstoff der Berufungsinstanz	892
V. Das Verfahren im übrigen	898
§ 141. Die Entscheidung auf die Berufung	898
I. Die Berufungsentscheidung im allgemeinen	898
II. Die Bedeutung des Antrags	899
III. Aufhebung und neue Entscheidung	901
IV. Die Zurückverweisung	901
V. Art und Form des Berufungsurteils	906

Inhalt

§ 142. Das Versäumnisverfahren in der Berufungsinstanz	907
I. Zulässigkeit der Berufung	907
II. Prüfung der Prozeßvoraussetzungen	908
III. Erlaß des Versäumnisurteils	908
IV. Der Einspruch	908

Drittes Kapitel. Die Revision

§ 143. Einlegung, Begründung und Zurücknahme der Revision	909
I. Die Arten der Revision	909
II. Einlegung der Revision	917
III. Begründung der Revision	920
IV. Zurücknahme	923
§ 144. Die Gesetzesverletzung	923
I. Begriff des Gesetzes	924
II. Revisibles Gesetz	926
III. Verfahrensverletzung oder Verletzung materiellen Rechts	928
IV. Arten der Rechtsverletzung	928
V. Ausnahmen von der Revisibilität	929
VI. Ursächlichkeit der Rechtsverletzung	932
VII. Absolute Revisionsgründe	932
VIII. Spätere Rechtsänderung	934
§ 145. Die Anschlußrevision	935
I. Allgemeines	935
II. Besonderheiten	936
§ 146. Das Revisionsverfahren	937
I. Vorprüfung der Zulässigkeit	937
II. Die Verhandlung der Revision	938
III. Prüfung besonderer Verfahrensverstöße von Amts wegen	941
IV. Verfahren im übrigen	942
§ 147. Die Entscheidung über die Revision	942
I. Die Entscheidung über die Zulässigkeit und die Annahme	942
II. Die Entscheidung über die Begründetheit	943
III. Die Wirkung der Zurückverweisung	945
IV. Entscheidung bei Säumnis	948

Viertes Kapitel. Die Beschwerde

§ 148. Wesen, Arten und Zulässigkeit der Beschwerde	949
I. Wesen der Beschwerde	949
II. Arten der Beschwerde	949
III. Die Zulässigkeit der Beschwerde	950
§ 149. Beschwerdeverfahren und Entscheidung	955
I. Einlegung der Beschwerde	955
II. Die Anschlußbeschwerde	957
III. Zurücknahme und Verzicht	958
IV. Das Verfahren im übrigen	959
V. Die Entscheidung auf die Beschwerde	961
VI. Die weitere Beschwerde	962

Dritter Abschnitt. Die Rechtskraft und ihre Beseitigung
Erstes Kapitel. Die Rechtskraft

§ 150. Übersicht über die verschiedenen Urteilswirkungen	964
I. Die formelle Rechtskraft	964
II. Die materielle Rechtskraft	964
III. Die Vollstreckbarkeit	965
IV. Die Gestaltungswirkung	965
V. Die Tatbestandswirkung	965
VI. Präjudizienwirkung	966
§ 151. Die formelle Rechtskraft	966
I. Rechtskraftfähigkeit	967
II. Der Zeitpunkt der Rechtskraft	967
III. Eintritt für beide Parteien	969
IV. Rechtskraft- und Notfristzeugnis	969
§ 152. Das Wesen der materiellen Rechtskraft	970
I. Der Zweck der Rechtskraft	970
II. Die Rechtskrafttheorien	971
III. Eigene Stellungnahme	972
IV. Die Wirkung der Rechtskraft	973
V. Weitere Folgerungen aus der prozessualen Natur der Rechtskraft	975
§ 153. Rechtskraftfähigkeit der Entscheidungen	976
I. Urteile und Beschlüsse	976
II. Prozeßurteile	977
III. Nicht der Rechtskraft fähige Entscheidungen	977
§ 154. Die Entscheidung als Gegenstand der materiellen Rechtskraft	977
I. Der Streitgegenstand als Gegenstand der Entscheidung	978
II. Das Wesen der Entscheidung	979
III. Keine absolute Rechtskraft von Entscheidungsgründen	979
IV. Die Auslegung der Entscheidung	982
§ 155. Identität, kontradiktorisches Gegenteil, Präjudizialität	984
I. Identität des Streitgegenstandes	984
II. Das kontradiktorische Gegenteil	985
III. Präjudizialität	985
§ 156. Die objektiven Grenzen der Rechtskraft	987
I. Die zeitlichen Grenzen der Rechtskraft	987
II. Ausschluß nicht vorgetragener Tatsachen	988
III. Entscheidung über eine Teilklage	990
§ 157. Die subjektiven Grenzen der Rechtskraft	992
I. Rechtskraftwirkungen unter den Parteien	992
II. Die sog. Drittwirkung der Rechtskraft	992
III. Rechtskrafterstreckung auf Dritte	994
§ 158. Die Anerkennung ausländischer Entscheidungen	999
I. Die Anerkennung ausländischer Urteile (außer Ehesachen)	1000
II. Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen	1007

Inhalt

Zweites Kapitel. Die Beseitigung der Rechtskraft

§ 159. Die Abänderungsklage	1011
I. Zweck der Klage	1011
II. Das Wesen der Klage	1012
III. Das Anwendungsgebiet des § 323	1013
IV. Abänderungsklage und Unterhaltszusatzklage	1014
V. Verhältnis zur Vollstreckungsgegenklage	1015
VI. Die Voraussetzungen der Klage	1016
VII. Die Entscheidung	1019
VIII. Die Nachforderungsklage des § 324	1020
§ 160. Wesen und Anwendungsgebiet der Wiederaufnahme des Verfahrens	1021
I. Zweck und Arten der Wiederaufnahme	1021
II. Wesen der Wiederaufnahme	1022
III. Das Anwendungsgebiet der Wiederaufnahme	1023
§ 161. Die Wiederaufnahmegründe	1024
I. Nichtigkeitsgründe	1025
II. Restitutionsgründe	1026
§ 162. Das Verfahren der Wiederaufnahme	1031
I. Die Wiederaufnahmeklage	1031
II. Die Parteien	1034
III. Die anzuwendenden Verfahrensvorschriften	1035
IV. Die Abschnitte des Verfahrens	1035
V. Das Versäumnisverfahren	1039
§ 163. Materieellrechtliche Mittel zur Beseitigung der Rechtskraft	1039
I. Die Rechtsprechung zu BGB § 826	1039
II. Eigene Stellungnahme	1041
III. Rechtskraft und ungerechtfertigte Bereicherung	1043

Zweiter Teil. Die besonderen Prozeßarten und das schiedsrichterliche Verfahren

Erster Abschnitt. Der Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozeß

§ 164. Der Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozeß	1044
I. Das Wesen des Urkundenprozesses	1044
II. Die Voraussetzungen des Urkundenprozesses	1045
III. Das Verfahren	1047
IV. Der Wechsel- und der Scheckprozeß	1051

Zweiter Abschnitt. Das Mahnverfahren

§ 165. Das Mahnverfahren	1052
I. Allgemeines	1052
II. Die Zulässigkeit	1053
III. Das Verfahren im einzelnen	1054
IV. Der Vollstreckungsbescheid	1061
V. Das Mahnverfahren bei maschineller Bearbeitung	1064

Dritter Abschnitt. Das Verfahren in Familiensachen

§ 166. Das Verfahren in Ehesachen 1065
 I. Fälle 1065
 II. Parteien 1067
 III. Internationale, örtliche und sachliche Zuständigkeit 1067
 IV. Die gerichtsverfassungsrechtliche Eingliederung des Familiengerichts 1069
 V. Besondere Verfahrensvorschriften für Ehesachen 1071

§ 167. Das Verfahren in „anderen Familiensachen“ 1081
 I. Was sind Familiensachen? 1082
 II. Zuständigkeit 1086
 III. Verfahrensart (§ 621 a). 1086
 IV. Sonstige Verfahrensvorschriften 1087
 V. Rechtsmittel 1088

§ 168. Der Verbund von Scheidungs- und Folgesachen 1090
 I. Verbund bei streitigen Scheidungen 1091
 II. Die einverständliche Scheidung nach § 630. 1099

§ 169. Die einstweiligen Anordnungen in Ehesachen 1101
 I. Gegenstände der einstweiligen Anordnung 1102
 II. Verfahren 1104

Vierter Abschnitt. Das Verfahren in Kindschafts- und Unterhaltssachen

§ 170. Kindschafts- und Unterhaltssachen 1111
 I. Die einzelnen Fälle 1111
 II. Das Verfahren im allgemeinen 1113
 III. Insbesondere das Verfahren auf Feststellung der nichtehelichen Vaterschaft . . 1116
 IV. Verfahren in Unterhaltssachen nichtehelicher Kinder 1120
 V. Das vereinfachte Verfahren zur Abänderung von Unterhaltsrenten 1124

Fünfter Abschnitt. Das Verfahren in Entmündigungssachen

§ 171. Das Verfahren in Entmündigungssachen 1125
 I. Die Entmündigung 1125
 II. Die Wiederaufhebung der Entmündigung 1135

Sechster Abschnitt. Das Aufgebotsverfahren

§ 172. Das Aufgebotsverfahren 1139
 I. Begriff, Zweck und Wesen 1139
 II. Das Aufgebotsverfahren im allgemeinen 1140
 III. Die einzelnen Fälle 1143

Siebenter Abschnitt. Das schiedsgerichtliche Verfahren

§ 173. Wesen und Abgrenzung der privaten Schiedsgerichtsbarkeit 1145
 I. Begriff der privaten Schiedsgerichtsbarkeit 1145

Inhalt

II. Vorteile und Nachteile der Schiedsgerichtsbarkeit	1146
III. Schiedsgutachten	1147
§ 174. Der Schiedsvertrag	1150
I. Allgemeines	1150
II. Rechtsnatur des Schiedsvertrags	1151
III. Zulässigkeit und Wirksamkeit des Schiedsvertrags	1151
IV. Hauptvertrag und Schiedsvertrag	1154
V. Form des Schiedsvertrags	1155
VI. Der Inhalt des Schiedsvertrags	1157
VII. Die Wirkung des Schiedsvertrags	1160
VIII. Erlöschen des Schiedsvertrags	1162
IX. Außervertragliche Schiedsklauseln	1162
§ 175. Das Schiedsgericht	1164
I. Die Person des Schiedsrichters	1165
II. Die Überparteilichkeit des Schiedsrichters	1165
III. Die Bildung des Schiedsgerichts	1167
IV. Der Schiedsrichtervertrag	1169
V. Die Ablehnung der Schiedsrichter	1171
§ 176. Das schiedsgerichtliche Verfahren	1174
I. Besondere Verfahrensregeln für das Schiedsverfahren	1174
II. Die Geltung allgemeiner prozeßrechtlicher Grundsätze	1177
III. Die Anwendung materiellen Rechts	1179
§ 177. Schiedsspruch und Schiedsvergleich	1180
I. Der Schiedsspruch	1180
II. Der Schiedsvergleich	1185
§ 178. Die Aufhebung des Schiedsspruchs	1186
I. Die Aufhebungsgründe	1187
II. Die Aufhebungsklage	1190
§ 179. Die Vollstreckbarerklärung von Schiedsspruch und Schiedsvergleich	1192
I. Allgemeines	1192
II. Die Vollstreckbarerklärung inländischer Schiedssprüche	1192
III. Die Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche	1195
IV. Die Vollstreckbarerklärung deutscher Schiedsvergleiche	1197
V. Die Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedsvergleiche	1197
§ 180. Mitwirkung des staatlichen Gerichts	1198
I. Aufgaben des staatlichen Gerichts	1198
II. Zuständiges Gericht	1199
III. Verfahren	1199
§ 181. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	1200
I. Der Schiedsvertrag	1202
II. Die Bildung des Schiedsgerichts	1204
III. Das Schiedsverfahren	1205
IV. Der Schiedsspruch	1206
V. Die Vollstreckbarerklärung	1206
Gesetzesregister	1209
Sachregister	1233